

Burma wohin?

Seit der Präsident von Burma Thein Sein heisst, ist in Burma Bewegung in die Politik gekommen. Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi wurde aus ihrem Hausarrest entlassen und kann die Welt bereisen. Mit der gegenwärtigen Situation und der möglichen Entwicklung des Landes beschäftigten sich Sarah Mader von Swissaid und Manuela Kessler, ehemals Asienkorrespondentin und heute Redaktorin beim Tages-Anzeiger, am 15. Juni 2012 im Songtsen House.

Gerade war Aung San Suu Kyi, Friedensnobelpreisträgerin, langjährige politische Gefangene, Oppositionsführerin und frisch gewählte Parlamentarierin aus Burma, in der Schweiz zu Besuch: ein Ereignis, das sich noch ein Jahr zuvor niemand hätte träumen lassen. Derweil kamen im Songtsen House die Veränderungen, die Burma in letzter Zeit erlebt hat, zur Sprache.

Wie erlebt eine Entwicklungszusammenarbeitsorganisation den Wandel vor Ort?

Swissaid ist schon seit zwanzig Jahren in beratender Rolle in Burma tätig, besonders in den ländlichen Gebieten des Kachin State im Norden und des Shan State im Osten des Landes. Nebst handfesten Aufgaben wie der Ernährungssicherung – beispielsweise durch Vergabe von Mikrokrediten und die Einrichtung von Reisbanken für die Ärmsten – sowie Ressourcenbewirtschaftung im wald- und rohstoffreichen Gebiet der Volksgruppe der Kachin ist auch die Entwicklung einer einflussreichen und mitverantwortlichen Zivilgesellschaft ein wichtiges Ziel von Swissaid, das erst heute auch offen deklariert werden kann.



Shanzu Frauen-Kredit- und Spargruppe in Kachin State

Das einstweilige politische Tauwetter hat die EU bewogen, das Handelsembargo aufzuheben, und die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll für die nächsten vier Jahre mit 25 Millionen Franken dotiert werden. Bereits jetzt ist der Ansturm von Investoren wie von Entwicklungsagenturen spürbar: in Rangun sind kaum mehr Hotelbetten zu bekommen, und wenn, dann zu deutlich gestiegenen Preisen. Swissaid sieht seine Rolle darin, vermehrt auf die Stärkung der Zivilgesellschaft hin zu arbeiten und Geldgeber auf sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren. Auch die Minderheiten im Norden sollen vom gesellschaftlichen Wandel und der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Allerdings hat der wieder aufgebrochene bewaffnete Konflikt im Unabhängigkeitskampf der Kachin zu Rückschritten geführt: 75000 Vertriebene leben in Lagern innerhalb und ausserhalb der Region, und Landminen verzögern die Rückkehr in die angestammten Dörfer.

Was war der Grund für die Kursänderung von Präsident Thein Sein?

Noch vor einem Jahr schien die Einsetzung des ersten zivilen Präsidenten seit dem Putsch von Ne Win (1962) ein Scheinmanöver zu sein; schon das für Armeeangehörige reservierte Viertel der Parlamentssitze ist ein Zeichen dafür, dass die Macht der Armee erhalten bleiben soll. Thein Sein ist ein ehemaliger General, der eine Bilderbuchkarriere hinter sich hat; während der Niederschlagung der so genannten Safranrevolution 2007 gehörte er zur Führungsspitze, ebenso während der Zeit der zögerlichen Hilfestellung für die Opfer des Wirbelsturms Nargis 2008. Er galt als wenig entscheidungsfreudig, aber auch als weniger korrupt und besessen von Verfolgungswahn als seine Vorgänger. Seine Motive, einen Kurswechsel einzuleiten, sind schwer zu beurteilen. Vielleicht liegt ihm sein Heimatland am Herzen, das zu einem Vasallen Chinas zu verkommen droht. Für diese These spricht die Ablehnung des Baus eines chinesischen Staudamms, der Vertreibungen und ökologische Schäden zur Folge gehabt hätte, ohne dass Burma selbst wirklich hätte profitieren können; 90% der Stromproduktion wären nach China gegangen. Vielleicht waren wirtschaftliche Überlegungen vorrangig: Eine Öffnung Burmas gegenüber dem Westen bedeutet mehr Einnahmen (von denen ein Teil in die Taschen der Elite fliesst) und eine

Reduktion der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, weshalb das Militär das Spiel mitmacht. Möglicherweise spielte auch der Druck der ASEAN-Staaten eine Rolle. Vielleicht geht es Thein Sein aber auch schlicht um seine persönliche Macht; spätestens die Wahlen von 2015 werden zeigen, wie ernst es ihm mit der politischen Öffnung ist.

Welche Faktoren beeinflussen die zukünftige Entwicklung?

Vieles hängt vom Verhalten der politischen Elite - sprich des Militärs - ab, insbesondere aber auch vom Zusammenspiel zwischen den beiden 67-jährigen Protagonisten der gegenwärtigen Entwicklung. Aung San Suu Kyi ist die Tochter des Unabhängigkeitskämpfers General Aung San,



der von beiden Seiten gleichermaßen verehrt wird; die erste offizielle Begegnung von Thein Sein und Suu Kyi fand unter seinem Bildnis statt. Aung San Suu Kyi wuchs nach der Ermordung des Vaters in Indien auf, wo ihre Mutter Botschafterin war. Während des Studiums in Oxford lernte sie ihren Mann, den Tibetologen Michael Aris, kennen und kümmerte sich nach der Heirat vor allem um die Familie. Als sie 1988 ihre schwer erkrankte Mutter besuchte, erlebte sie den Sturz General Ne Wins. Sie gründete die Nationale Liga für Demokratie (NLD),

worauf sie erstmals unter Hausarrest gestellt wurde. Auf den überlegenen Wahlsieg der NLD 1990 reagierte die Militärführung mit brutaler Repression. Während der letzten 24 Jahre stand Aung San Suu Kyi insgesamt fünfzehn Jahre unter Hausarrest und wagte nicht einmal auszureisen, als 1999 ihr Mann im Sterben lag, weil sie befürchtete, nicht mehr ins Land zurück gelassen zu werden.

Nun wieder als Parteivorsitzende aktiv, pflegt sie einen patriarchalen Führungsstil: Suu Kyi ist die Partei. Eine personenbezogene Politik ist in Burma allerdings die Norm. Politische Macht galt in Burma seit jeher als unteilbar und nicht vermehrbar. Es war üblich, dass die burmesischen Könige alle anderen potentiellen Thronanwärter umbringen liessen. König Thibaw (1878–1885) zum Beispiel liess etwa tausend seiner Familienmitglieder ermorden – und auch die Militärjunta wachte eifersüchtig über die Ausschliesslichkeit ihrer Macht, vergleichbar mit der Situation in Nordkorea. Diese historische Konstante macht es schwierig, Macht an Institutionen zu übergeben statt an Individuen zu binden, eine Gewaltenteilung zu etablieren oder gar zu einer echten Demokratie überzugehen. Auch für die Suche nach einem gemeinsamen Weg von Suu Kyi und Thein Sein gibt es in Burma kein Vorbild.

Wird das Tauwetter von Dauer sein?

Die Euphorie des Westens scheint in Bezug auf die wirtschaftliche Attraktivität berechtigt: Burma besitzt die zehntgrössten Gasreserven der Welt und viel versprechende Ölquellen, Potential für Wasserkraft und 90% der Rubine der Welt. Für die Bevölkerung sieht die Lage anders aus: Nachdem Burma am Ende der Kolonialzeit in grossem Mass Reis, Rubine und Jade exportierte und als reichstes Land Südostasiens auch die am besten gebildete Bevölkerung hatte, leben heute ein Viertel der Burmesen unter dem Existenzminimum von 1.25 USD/Tag und drei Viertel ohne Strom. Die Mehrheit der Geschäfte wird von Chinesen getätigt. Drei Millionen der 55 Millionen Burmesen arbeiten im Ausland, besonders auch Fachkräfte wie Ärzte, Spitalpersonal und Ingenieure. In Burma selbst fehlt dafür qualifiziertes Personal. Aus Angst vor Protesten hielt die Junta die Bildungsstätten monatelang geschlossen, die Schulbildung ist schlecht. Zudem fehlt es in Burma an Infrastruktur. Neben der politischen Unsicherheit meinte Aung San Suu Kyi wohl auch die sozio-ökonomischen Umstände, als sie dieses Jahr in Bangkok die Wirtschaftsführer vor "tollkühnem Optimismus" warnte. Noch fehlten Rahmenbedingungen, die sicherstellten, dass Investitionen nicht nur die Taschen der korrupten Elite füllten, sondern auch der Bevölkerung zugute kämen. Mit diesen Aussagen bereitete sie Thein Sein und der militärischen Führung keine Freude.



Da das Militär die einzige landesweit funktionierende Institution ist und auch weite Teile der Wirtschaft kontrolliert – die wichtigen Betriebe sind in den Händen von Armeeangehörigen und ihren Familien –, ist eine Entwicklung des Landes ohne das Militär undenkbar. Ein optimistisches Szenario wäre ein wirtschaftlicher Aufschwung, der auch der Bevölkerung zugute kommt und mit einer Stärkung der Zivilgesellschaft einhergeht. Gewaltenteilung, mehr Mitsprache (aller 135 Ethnien), eine bessere Bildung und die Rückkehr qualifizierter Fachkräfte sowie ein Ausbau der Tourismusbranche würden eine Entwicklung ermöglichen. Denkbar ist aber auch ein Prozess, bei dem (nebst den multinationalen Unternehmen) ausschliesslich die Elite von den Investitionen profitiert und der zur Ressourcenflucht und ökologischen Katastrophen führt, wobei wirtschaftliche Interessen und ein versteckter, "schmutziger Krieg" ein erneutes Handelsembargo verhindern. Spätestens bei den Wahlen 2015 wird sich zeigen, in welche Richtung der Weg geht. (DR)